

Niederschrift



Gremium: **3. Sitzung des Schul- und Kulturausschusses**
Sitzungsdatum: **Donnerstag, den 18.09.2008**
Sitzungsort: **Landratsamt Augsburg, Kleiner Sitzungssaal 221, 2. Stock**
Beginn: 14:05 Uhr Ende: 16:55 Uhr

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

Vorsitzende / Vorsitzender:
Martin Sailer

Mitglieder:
Manfred Buhl
Renate Durner
Sabine Grünwald
Sabine Höchtl-Scheel
Fritz Hölzl
Gabriele Huber
Karl Heinz Jahn
Alexander Kolb
Paul Reisbacher
Dr. Max Stumböck
Carolina Trautner
Bernhard Walter
Frank Weiher

Vertreter:
Albert Lettinger Vertretung für Frau Annemarie Finkel

Verwaltung:
Armin Falkenheim
Michael Püschel
Martin Seitz

Schriftführerin:
Brigitte Art

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

1. Sachstandsbericht Umsetzung der Beschlüsse Schul- und Kulturausschuss 30.07.2008 zum "Bedarfsabschätzung zur Schülerentwicklung Realschulen, Gymnasium, Fachoberschule und Berufsschule"
Vorlage: 08/0172
2. Regionale Produkte;
Einkauf für landkreiseigene Einrichtungen,
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Vorlage: 08/0174
3. Verschiedenes
4. Wünsche und Anfragen

Nichtöffentliche Sitzung

5. Sporthalle bei der Staatlichen Realschule Bobingen,
Sachstandsbericht Gesamtanierung und Änderung der Vereinbarung zur Kostenteilung (Investition und Bewirtschaftung)
Vorlage: 08/0176
6. Schülerbeförderung - Kostenentwicklung und mögliche Ausschreibungen freigestellter Schülerverkehre des Landkreises
Vorlage: 08/0177
7. Klostermühlenmuseum Thierhaupten GmbH;
Vorstellung des Jahresberichtes 2007
Vorlage: 08/0170
8. Verschiedenes
9. Wünsche und Anfragen

Mit der den Mitgliedern zusammen mit der Einladung zugegangenen Tagesordnung besteht Einverständnis.

KR Reisbacher erkundigt sich nach dem im Juli von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gestellten Antrag betreffend das Standortgutachten. Hierauf erklärt **Herr Püschel**, dass dieser bereits Gegenstand der letzte Schul- und Kulturausschusssitzung gewesen sei.

Öffentliche Sitzung

**TOP 1 Sachstandsbericht Umsetzung der Beschlüsse Schul- und Kulturausschuss 30.07.2008 zum "Bedarfsabschätzung zur Schülerentwicklung Realschulen, Gymnasium, Fachoberschule und Berufsschule"
Vorlage: 08/0172**

Herr Falkenheim erinnert an die in der letzten Schul- und Kulturausschusssitzung erteilten Aufträge an die Verwaltung.

1. Berufliches Schulzentrum Neusäß

Die Verwaltung wurde beauftragt eine bauliche Erweiterung in der Finanzplanung des Landkreises Augsburg unter Berücksichtigung anstehender Investitionen zu prüfen und darzustellen.

Grundlage für ein Bauprogramm sei ein entsprechendes Raumprogramm, welches dann zur Kostenabschätzung an die Hochbauverwaltung weitergereicht werde. Zunächst wurde mit der Schulleitung des Beruflichen Schulzentrum Neusäß Kontakt aufgenommen und diese gebeten, entsprechend der Schulbauverordnung ein Raumprogramm zu erarbeiten. Diesem Auftrag ging ein Gespräch bei der Regierung von Schwaben voraus, welche den Aufbau eines solchen Raumprogrammes festlegte. Dadurch werde eine solide Grundlage für die im Anschluss mit der Regierung von Schwaben stattfindenden Gespräche betreffend die Fördermittel geschaffen.

Die Erarbeitung eines solchen Raumprogrammes sei gerade im Hinblick auf die Schulbauverordnung und unter dem Hintergrund, dass auf Grund der Teilzeitklassen Umrechnungsfaktoren anzuwenden waren, keine leichte Aufgabe. Seitens der Schulleitung wurde die Erstellung bis Ende September zugesichert, so dass dann die ersten Vorabstimmungen mit der Regierung von Schwaben stattfinden können. Mündlich wurde von der Schulleitung gegenüber der Verwaltung als Zwischenergebnis mitgeteilt, dass ein Bedarf von 15 Klassenzimmern gegeben sei. Dieser Bedarf berücksichtige noch nicht die Fach- und Verwaltungsräume.

2. Gymnasien

Die Verwaltung wurde hinsichtlich der Gymnasien beauftragt mit der Stadt Augsburg Gespräche zu führen. Inhalt dieser sollte die Prüfung, inwieweit eine gemeinsame Trägerschaft unter langfristiger Lenkung der Schülerströme unter Berücksichtigung der Interessen des ländlichen Raumes möglich sei, sein. Alternativ sollte die bauliche Erweiterung des Gymnasiums Königsbrunn geprüft werden.

Der neue Bildungsreferent der Stadt Augsburg, welcher zu diesem Zeitpunkt noch nicht im Amt gewesen sei, wurde Ende Juli gebeten, Aussagen dahingehend zu treffen, inwieweit eine gemeinsame Trägerschaft denkbar wäre. Weiter wurde nachgefragt, welchen Bedarf die Stadt Augsburg an zusätzlichen gymnasialen Angeboten habe und ob dieser zusammen mit dem Landkreis Augsburg gedeckt werden könnte. Ein Gespräch konnte erst für morgen terminiert werden.

Weiter wurde das Kultusministerium gebeten, sich hinsichtlich eines neuen Gymnasiums zu äußern. Gleichzeitig wurde nachgefragt, wie weit der Bedarf durch zusätzliche Raumangebote bei dem Gymnasium Königsbrunn befriedigt werden könnte und ob dies aus

pädagogischer Sicht sinnvoll erscheint. Zu den aufgeworfenen Fragen sei noch keine Antwort des Kultusministeriums eingegangen.

3. Realschulen

Für die Realschulen wurde die Verwaltung beauftragt, zu prüfen, ob und wo auf kostengünstige Weise, unter Berücksichtigung der Schülerprognose und möglicher sinnvoller Entlastungsfunktionen für andere Schulaufwandsträger, sich dauerhaft abzeichnende Engpässe durch bauliche Maßnahmen abbauen lassen. Insbesondere sollten freie Kapazitäten an in Betracht kommenden Grund- und Hauptschulen geprüft werden.

Zum einen wurde das Staatliche Schulamt um Stellungnahme gebeten, ob in der Nähe der Realschulen Zusmarshausen und Bobingen der dringendste Bedarf gesehen werde und ob in nennenswertem Umfang freie Kapazitäten an Grund- und Hauptschulen vorhanden seien. Hieraufhin teilte das Schulamt mit, dass an keinem Standort in Frage kommende Raumkapazitäten vorhanden seien.

Gleichzeitig wurde bei den Standortgemeinden, die Träger der Grund- und Hauptschulen seien, angefragt, inwieweit Räume angeboten werden können. Hierbei verweist Herr Falkenhein auf die in der Anlage beigefügten Antwortschreiben.

Parallel startete Herr Landrat Sailer eine Anfrage an den Ministerialbeauftragten für die Realschulen in Schwaben, wo er den dringendsten Raumbedarf sehe. Dieser sieht den größten Bedarf bei der Realschule Bobingen und bei der Realschule in Zusmarshausen, bei welcher ein weiterer Bauabschnitt für notwendig erachtet werde.

Im Anschluss daran wurde die Hochbauabteilung gebeten, erste Kostenschätzungen hinsichtlich eines möglichen Bauprogrammes abzugeben. Orientiert an dem Standard der Erweiterung Realschule Neusäß, werde die Erweiterung um 6 Klassenzimmer in Bobingen auf rund 1,6 Mio. € und in ähnlicher Höhe bei der Realschule Zusmarshausen geschätzt. Hierbei handle es sich lediglich um überschlägige erste Zahlen.

4. Fachoberschulen

Hier wurde die Verwaltung beauftragt mit dem Freistaat Bayern zu klären, ob die Errichtung einer weiteren Fachoberschule im südlichen Landkreis möglich sei. Gleichzeitig sollte geprüft werden, ob der Freistaat Bayern die Möglichkeit der Errichtung einer Berufsoberschule im Landkreis Augsburg sehe.

Neben dieser Anfrage an den Kultusminister Schneider, erkundigte sich die Verwaltung nach dem Klassenteiler, da dieser einen wesentlichen Teil der Diskussion ausmache. Das Gutachten basiere auf einem Klassenteiler von 33. Eine konkrete Äußerung des Ministeriums im August war die, dass mittelfristig mit einem Klassenteiler von 30 zu rechnen sei. Dieses Schreiben wurde bislang in dieser inhaltlichen Form nicht beantwortet, sondern ein Gesprächstermin vorgeschlagen an welchem die einschlägigen Vertreter teilnehmen sollen. Dieses Gespräch sei für den 14.10. im Kultusministerium geplant.

Weiter blieben laut Aussage von **Herrn Falkenhein** zusätzliche Reaktionen nicht aus. Seitens der Gemeinde Altenmünster wurden für die Nutzung der Realschule 3 Räume in der Grund- und Hauptschule angeboten. Der Schulverband Welden bietet 3 Klassenzimmer in Emersacker an und die Gemeinde Langweid würde das ehemalige Verwaltungsgebäude Michalke zur Verfügung stellen.

Der Vorsitzende betont, dass noch einige Dinge der Klärung bedürfen. Im Ausschuss solle erst dann diskutiert werden, wenn alle belastbaren Fakten vorliegen.

KR Hölzl stellt fest, dass es sich lediglich um eine Zwischenberichterstattung handelt, was aufgrund der Ferien- und Urlaubszeit, verständlich sei. Weiter informiert er von einer Doktorarbeit eines Herrn Florian Freund (Volkswirt), welcher die Schülerströme in der Stadt Augsburg und den Landkreisen Aichach-Friedberg und Augsburg untersucht habe. Am Ende kommt dieser zu der Erkenntnis, dass aufgrund der demographischen Entwicklung und der rückläufigen Schülerzahlen, die Kapazitätsprobleme vor allem in den Landkreisen bestehen bleiben bzw. sich sogar verstärken. Hierbei handle es sich um eine konträre Aussage hinsichtlich des Gutachtens.

Weiter stellt Herr Freund fest, dass bei der Stadt Augsburg bis zum Jahr 2025 im Bereich der Gymnasien ein Rückgang von 10 % zu erwarten sei. Für die Landkreis Augsburg bedeute dies einen Zuwachs von über 5 % und bei dem Landkreis Aichach-Friedberg um 10 %. Würde man diesen Bericht Ernst nehmen, dann müsste das Gutachten in Frage gestellt werden.

Weiter verkennt er nicht die Tatsache, dass bei den Realschulen Zusmarshausen und Bodingen Kapazitätsengpässe bestehen. In Zusmarshausen dürfe nicht nur die Marktgemeinde, sondern müsse der Schulverband berücksichtigt werden. In der Gemeinde Altenmünster stehen derzeit 3 Klassenräume, im Markt Welden 5-6 Klassenräume und in Emersacker noch bis vor ein paar Jahren 6-9 Klassenräume frei. Insgesamt stehen demnach im Schulverband 11 bis 15 Klassenräume leer und das bei zurückgehenden Schülerzahlen. Der Landkreis trage eine Gesamtverantwortung, weshalb bei gutem Willen und Kooperation es möglich sein müsste, in einem Schulverband einen Ausgleich von Schülern so vorzunehmen, dass vorübergehend an angrenzenden Hauptschulen Räume mitgenutzt werden können.

Nicht bekannt sei **dem Vorsitzenden**, auf welches Zahlenmaterial bei dieser Doktorarbeit zurückgegriffen wurde. Unterstellt werde, dass das Gutachten auf allgemein anerkannten Daten basiere. Bei der Stadt Augsburg soll nachgefragt werden, wie diese die Arbeit einschätzen.

Bei einer anstehenden Standortdiskussion werde Standort für Standort diskutiert. Falls bis zu der nächsten Sitzung entsprechendes Zahlenmaterial vorliegt, trete man in eine Standortbetrachtung ein. Seitens des Günzburger Landrates, Herrn Hafner, wurde die Bitte geäußert, dass bei der Diskussion auch weiterhin die freien Kapazitäten bei der Realschule Thannhausen mitberücksichtigt werden sollen. Bei der Standortentscheidung gebe es eine Reihe anderer Aspekte, wie auch eine mögliche Bezuschussung durch den Freistaat, mit zu berücksichtigen. Bei dem Gespräch in München werde versucht, solche Zuschussfragen abzuklären.

KR Walter erklärt, dass die Grundschule in Altenmünster vor 10 Jahren mit einem finanziellen Aufwand von 2,7 Mio. € zu einer Grund- und Teilhauptschule (13 Klassenräume) erweitert wurde. Derzeit werden vier Klassen und im neuen Schuljahr nur noch 3 Klassen der Hauptschule Zusmarshausen in dieser Schule untergebracht. Seitens des Schulamtes wurde geäußert, dass in den nächsten Jahren diese Hauptschulklassen wegfallen, was bedeutet, dass die Grundschule in Altenmünster zu einem Drittel leer stehen werde, sofern die Grundschule in Altenmünster weiterhin 2-zügig aufgestellt sei. In der Vergangenheit wurde der Aufbau der Realschule Zusmarshausen mit der zur Verfügungstellung von Räumlichkeiten unterstützt. Auch wurde die Teilhauptschule vorzeitig aufgegeben, was scheinbar organisatorisch erforderlich gewesen sei. Falls es eine Möglichkeit gebe, diese leer stehenden Räume zu füllen, dann wolle man diese selbstverständlich nutzen. Abschließend zitiert er den Beschluss der Gemeinde Altenmünster, dass die 5ten und 6ten Klassen so lange in Altenmünster unterrichtet werden, so lange die Klassenstärke erreicht sei. Dies habe die Regierung von Schwaben in der damaligen Teilhauptschule verweigert. In Frage stellt er das Vorhaben, dass auf der einen Seite Ausbauten vorgenommen werden wollen und auf der anderen Seite Schulen leer stehen. Abschließend bittet er um Verständnis für die eingenommene Position.

KR Lettinger bedankt sich für den Zwischenbericht der Verwaltung, der aufgrund fehlender Gespräche unvollständig sei. Die Tagesordnung sieht seiner Meinung nach nicht den Einstieg in eine solche tiefe Diskussion vor.

Betreffend die Aussage von KR Hölzl hinsichtlich der Realschulen, betont er, dass bei der Realschule Zusmarshausen mit anderen Maßstäben gemessen werde, wie bei anderen Schulen. In Zusmarshausen werde immer auf die Beteiligung des Schulverbandes gedrängt, was bei anderen Schulen nicht der Fall sei. Jahrelang wurde die Realschule Zusmarshausen, als es noch kein Schulhaus gegeben habe, unterstützt. Nach Fertigstellung der Schule war diese nach 2 Jahren bereits gefüllt und der Markt habe wieder geholfen. Danach mussten die Außenstellen abgeschafft werden und es wurde versucht alle Klassen in der Schule unterzubringen. Die Qualität war hierbei zweitrangig. Die Raumsituation bei der Volksschule Zusmarshausen wurde bereits geschildert. Derzeit gehe man in Richtung Ganztagsbeschulung, wobei die 5. Klasse bereits eine Ganztagsklasse sei. Von Jahr zu Jahr werde dies mehr und es fehlen Räume nicht nur dafür, sondern auch ein Aufenthaltsraum für Fahrschüler. Weiter fehlen Räume für Schulsozialarbeit, Beratungs- und Förderlehrer. Auch die Schülerbücherei sei nur behelfsmäßig untergebracht und das Lehrerzimmer zu klein.

Die derzeitige Raumsituation der Realschule Zusmarshausen sei der Verwaltung bekannt. Dem Schulleiter sollte seiner Meinung nach die Möglichkeit gegeben werden, den Ausschuss über die räumliche Situation zu informieren. Der Realschule Zusmarshausen müsse zugestanden werden, eine Schule sein zu können. Überall im Landkreis werden freistehende Klassenzimmer angeboten, dennoch können nicht all diese mit Schülern aus Zusmarshausen gefüllt werden. Falls doch, müsse dies auch bei anderen Schulen so gehandhabt werden.

Von Anfang an hatte die Realschule Zusmarshausen einen guten Ruf und der Wunsch bestand seitens der Kinder, diese Schule zu besuchen. Inzwischen werde dieser Ruf allerdings in Frage gestellt. Schüler aus dem Raum Diedorf wurden in Zusmarshausen abgewiesen und insbesondere nach Neusäß geschickt. Der Schulleiter habe seiner Meinung nach die Schüler etwas voreilig abgewiesen, da so nicht bekannt sei, wie viele Schüler tatsächlich an die Zusmarshausener Schule gehen hätten wollen. Jede Maßnahme, die hier durchgeführt werde, entlaste die Schule in Neusäß, die aus allen Nähten platze. Weiter verweist er auf die Wahlaussagen, dass der ländliche Raum gestärkt werden solle. Diese dürfe nicht vergessen werden.

Weiter bittet er, die Meinungen des Ministerialbeauftragten, des Kultusministeriums, des Schulamtes und der Regierung von Schwaben auch gelten zu lassen und erkundigt sich, wie der Ministerialbeauftragte und das Kultusministerium zu solchen Außenstellen bzw. zu so einer zerrissenen Schule stehe. Abschließend bittet er die gleichen Maßstäbe, wie bei anderen Schulen anzusetzen.

Keine Absicht sei es laut **des Vorsitzenden** gewesen, heute in die Standortdiskussion einzutreten. Hierfür fehlen Fakten. Um schlussendlich diskutieren zu können, gehöre auch die Abfrage, ob innerhalb eines Schulverbandes Räume leer stehen.

KR Reisbacher stellt fest, dass KR Hölzl das Problem der fehlenden Klassen im nordwestlichen Landkreis gut dargestellt habe. In vielen kleinen Kommunen gebe es ähnliche Entwicklungen. Da wurden Schulen gebaut, die Kinder werden weniger und die Klassenräume stehen leer. Seiner Meinung nach sei die bayerische Regierung zu unflexibel. Eine Regionalschule würde eine entsprechende Lösung darstellen. Eine Aufweitung wäre sinnvoll, so dass kleinere Kommunen, wie auch Landkreise selbst nach einer praktikablen Lösung suchen könnten. Wie soll eine sinnvolle Zusammenarbeit funktionieren, wenn in Bayern immer noch die Meinung vertreten werde, dass zwischen Real- und Hauptschule keine Verbindung bestehen dürfe.

Der Vorsitzende bemerkt, dass die Bildungspolitik in den letzten Jahren oftmals eine schnelllebige gewesen sei, aber für heutige Entscheidungen die derzeitige Grundlage gelte.

KR Buhl teilt mit, dass all die Gemeinden, die über freie Schulräume verfügen, nun versuchen diese dem Landkreis zu vermitteln, um ein Stückweit die eigenen Probleme abzuladen. Diese ausgelagerten Klassen seien nichts anderes als eine Außenstelle. Leider bleibe der pädagogische Aspekt bei dieser Diskussion außen vor. Hier gehe es nur noch um das Geld und nicht mehr um die Zukunft der Kinder, die letztendlich die Zukunft des Landkreises darstellen. Für die weiterführenden Schulen sei der Landkreis zuständig.

Betreffend die Realschule Bobingen bemerkt er, dass die Stadt Bobingen die Räume für das eventuell angedachte Gymnasium nicht der Realschule zur Verfügung stellen, sondern weiterhin auf ein Gymnasium spekuliere. Werde nun die Erweiterung Königsbrunn diskutiert, erledige sich das Problem in Bobingen von ganz allein, da dann die für das Gymnasium vorgesehenen Räume wohl der Realschule zur Verfügung gestellt werden. Die Themen, wie die Stärkung der Hauptschule, Mehrgenerationenhäuser, das kostenlose Kindergartenjahr die derzeit politisch diskutiert werden, benötigen alle Räume. Mit Verschiebungen in der Schullandschaft müsse gerechnet werden, so dass es auch ein Konglomerat von verschiedenen Nutzungen in einer Schule geben werde. Er selbst befürchte nicht, dass die Räume irgendwann leerstehen.

Nachdem in Neusäß die FOS untergebracht wurde, war es klar, dass den Landkreis irgendwann die Probleme einholen. Dennoch solle heute nicht in eine Standortdiskussion eingetreten werden. Es müsse versachlicht und auf die Zuständigkeit des Landkreises zurückgeführt werden.

Der Vorsitzende stellt klar, dass die Räume, die die Stadt Bobingen wegen des Gymnasiums zur Verfügung stellen könnte, sich nicht am Standort der Realschule befinden. Aufgrund dessen kommen diese Räume auch nicht für eine Realschule in Frage, da Einigkeit dahingehend bestehe, dass eine weiterführende Schule nicht auf mehrere Standorte verteilt werden solle. So habe sich auch KR Hölzl zu Beginn seines Wortbeitrages geäußert. Auch überprüft wurde der Bereich der direkt neben der Realschule liegenden Grundschule. Aufgrund der derzeit in Bobingen stattfindenden Grundschulstandortdiskussion sehe es danach aus, dass der Standort Singold aufgelöst und sich die Frage nach freien Kapazitäten in Bobingen so nicht mehr stelle.

KR Hölzl betont, dass es sich um ein Missverständnis handelt. In der letzten Sitzung wurde einstimmig der zitierte Beschluss gefasst, in welchem die Beruflichen Schulen Neusäß an erster Stelle stehe. Demnach solle als erstes diese Problematik dort gelöst werden. An den weiteren Stellen stehen dann gemäß dem Gutachten die Gymnasien, dann die Realschulen und abschließend die Fachoberschule.

Betreffend den Punkt „Realschulen“ zitiert er noch einmal den gefassten Beschluss der letzten Sitzung und bestätigt, dass KR Buhl „vor Ort“ gesagt habe, was allerdings nicht in dem Beschluss mit aufgenommen wurde.

Zu dieser Diskussion wäre es eventuell gar nicht gekommen, wenn nicht in der Zeitung gestanden hätte, dass die Freien Wähler die Zahlen des Gutachtens so nicht akzeptieren können und den sofortigen Erweiterungsbau für Zusmarshausen und Bobingen fordern.

Bevor solche Entscheidungen zum Tragen kommen, fühle er sich als Kreisrat in der Verantwortung, noch einmal darauf hinzuweisen, dass durch organisatorische Maßnahmen freie Kapazitäten möglicherweise mitgenutzt werden. Dies allein sei sein Anliegen gewesen. Dadurch werde auch ein Beitrag zur Stärkung des ländlichen Raumes geleistet, wobei hier nicht einige Orte sondern Räume und Regionen gehören.

Der Vorsitzende geht davon aus, dass auch weiterhin die Entscheidungen in einem Einvernehmen getroffen werden. So kurz vor der Wahl dürfe man nicht auf jeden Pressebericht reagieren. Abschließend bittet er um Klarstellung, was das „vor Ort“ betrifft.

Herr Püschel teilt mit, dass es um die Frage gehe, wo geprüft werde und es hieß am Schulstandort. Nicht ganz geklärt war, was „Schulstandort“ bedeute. Sei dies das jeweilige Schulzentrum, der Ort an dem die Schule gelegen, oder betreffe es den Schulverband, wenn dieser Ort in einem solchen eingebunden sei.

Betreffend den Schulstandort Bobingen, mit 2 Schulen, wurde zuerst die Frage nach freien Kapazitäten in der Nachbarschule gestellt. Danach wurde die Frage auf den Ort ausgeweitet und geschaut, ob es noch andere Schulen gebe, gerade auch, weil der Ausschuss über die vorliegenden Angebote informiert werden solle. Zu unterscheiden sei, was geprüft und über was der Ausschuss später zu entscheiden habe. Prinzipiell habe die Verwaltung vorzulegen, was es auf der ganzen Breite an Möglichkeiten gebe. Sicherlich könnte die Verwaltung eine Stellungnahme abgeben, aber letztendlich liege die Entscheidung in der politischen Verantwortung. Dies bedeute auch, dass die Prüfung der Verwaltung nicht von vornherein die politische Entscheidung einschränken dürfe. Aufgrund dessen wurden alle Angebote auf den Tisch gelegt. Was schlussendlich der Definition von „Schulstandort“ entspreche, werde dann die Entscheidung, die im Rahmen der Haushaltsberatungen getroffen werden müsse, sein.

Betreffend die möglichen Außenstellen geht es nach Meinung von **KR Walter** um die Frage, ob es um die Überbrückung eines beschränkten Zeitraumes, oder um eine dauerhafte Situation gehe. Weiter stellt er fest, dass die Realschule eine Klasse mehr habe. Vier oder fünf abgegangene Klassen seien bekannt und drei neue Klassen gebe es. Hierzu bittet er um Klärung. Weiter erkundigt er sich nach der Ist-Situation nach dem Schuljahr 2008/09 im Bezug auf abgehende Klassen und darauf, mit wie vielen Klassen zu rechnen sei.

Der Vorsitzende betont, dass dies im Rahmen der Standortdiskussion geklärt werden solle.

Herr Püschel informiert, dass es nicht nur um die Frage, wie viele Klassen anfangen, sondern auch um die Frage gehe, wie viele Gymnasiasten zurückkommen und ob dies eine Klassenteilung fordere. Hierbei spielen viele Faktoren eine Rolle.

Klarstellen möchte **KR Lettinger**, dass bei dem Gutachten nicht die Schülerzahlen angezweifelt, sondern lediglich die Unvollständigkeit des Gutachtens bemängelt werde. Nicht aufgezeigt werde nämlich, wie sich Schülerzahlen und Schülerströme durch bestimmte Baumaßnahmen verändern. Betreffen die angesprochene Prioritätenreihenfolge verweist er auf eine gemeinsame Pressemitteilung von CSU und FW, die für den Bereich der Realschulen oberste Priorität in Bobingen und Zusmarshausen sehe. An dieser werde wohl nicht gezweifelt.

KR Buhl bittet um Vorlage der Gastschulbeiträge, die der Landkreis sparen würde, falls die Realschule Zusmarshausen so ausgestattet wäre, wie notwendig.

Der Vorsitzende hofft, dass bis zur nächsten Sitzung umfangreiches Zahlenmaterial vorliege, so dass während den Haushaltsberatungen entsprechende Entscheidungen getroffen werden können.

TOP 2 Regionale Produkte; Einkauf für landkreiseigene Einrichtungen, Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Vorlage: 08/0174
--

Mit Schreiben vom 28. Juni 2008 (Anlage 1) hat die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen den Antrag gestellt, dass der Landkreis Augsburg darauf hinwirkt, dass in seinen Einrichtungen bevorzugt regionale Produkte verwendet werden. Die Begründung ist dem beigefügten Antrag zu entnehmen.

Aus Sicht der Landkreisverwaltung ist für diesen Antrag der Kultur- und Schulausschuss zuständig, da in dessen Zuständigkeit die Verantwortung für die Kantine des Landkreises, für die Schulküche im Justus-von-Liebig-Gymnasium Neusäß und für das Kreisjugendheim liegt. Eine Überprüfung der Einkäufe dieser Einrichtungen hat ergeben, dass zahlreiche Lebensmittel bereits regional eingekauft werden. Der beigefügten Übersicht (Anlage 2) können die wesentlichen regionalen Einkäufe entnommen werden.

Nach der Sachverhaltsdarstellung durch **Herrn Falkenheim**, betont **KR'in Höchtl-Scheel**, dass es fast selbstverständlich sei, Produkte der heimischen Region zu bevorzugen und befürwortet die Vorgehensweise auch weiterhin. Ihrer Meinung nach hätte vor dem Hintergrund des Bürokratieabbaus dies auch ohne eine Antragstellung festgestellt werden können.

KR Reisbacher teilt mit, dass die Förderung der regionalen Produkte und die Staudengeschichte Anlass für den Antrag gewesen sei.

KR'in Grünwald erkundigt sich, ob die Waren ausschließlich von einem Lieferer bezogen werden und wenn nicht, dann interessiere sie sich für die Prozentzahl, da es nicht sehr bedeutend sei, wenn nur 10 % aus dem Landkreis komme.

Weiter fragt sie nach, wie hoch der Anteil an Bioprodukten oder an Produkten aus dem fairen Handel sei. Einige Kommunen bieten diese Produkte bereits in Sitzungen und während Empfängen an. In diesem Zusammenhang erinnert sie an den SPD-Antrag „keine Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit“, worüber ein aktueller Sachstandsbericht erfolgen sollte. Prinzipiell solle die bisherige Praxis beibehalten werden.

Der Vorsitzende gibt zu bedenken, dass, wenn Bioprodukte verwendet werden, dies auch höhere Preise zur Folge habe. Erfreulich sei, dass bei beiden Einrichtungen zu 99 % regionale Hersteller liefern. Der gewünschte Sachstandsbericht wird als Antrag aufgenommen.

KR Weiher merkt an, das nicht sichergestellt sei, ob das Tier auch aus der Region stamme, wo es schlussendlich geschlachtet werde.

Daraufhin entgegnet **der Vorsitzende**, dass nachgewiesen werden könne, aus welcher Region die Tiere stammen und diese teils auch ausgezeichnet seien.

Weiter verliest er den Beschlussvorschlag und betont, dass über das Thema Bioprodukte und Produkte aus fairem Handel in einer der nächsten Sitzungen berichtet werde.

Beschluss:

Der Landkreis Augsburg wirkt auch weiterhin darauf hin, dass in seinen Einrichtungen bevorzugt regionale Produkte verwendet werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	13
Nein-Stimmen:	0

TOP 3 Verschiedenes

keine vorhanden

TOP 4 Wünsche und Anfragen

Im Namen von Kreisheimatpfleger Prof. Dr. Pötzl informiert **KR Hölzl** die Anwesenden über den derzeit laufenden Wettbewerb Prämierung schwäbischer Häuser. In Frage kommende Hausbesitzer sollen angesprochen und animiert werden, sich zu bewerben. Das überreichte Buch „Häuser, Möbel und Trachten“ solle der Information und der Einstimmung und Vorbereitung auf die anstehende Entscheidung, die der Ausschuss zu treffen habe, sein.